



LSV BS SH

Landesschüler*innenvertretung

der berufsbildenden Schulen
in Schleswig-Holstein

Landesschüler*innensprecher
Magnus Erdmann

Kontakt:

magnus.erdmann@bs.schuelervertretung.de

Tel.: +49 176 70380339

LSV BS SH | Brunswiker Str. 16-22 | 24105 Kiel

An:

Jan Kürschner
Vorsitzender des Innen-
und Rechtsausschusses
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6023

Bad Schwartau, der 14. Januar 2026

Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW – Drucksache 20/3684“

Sehr geehrter Herr Kürschner,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns für die Möglichkeit bedanken, uns zur aktuellen Gesetzesinitiative zur Änderung der Landesverfassung äußern zu dürfen.

Als Vertretung der Schüler*innen an den berufsbildenden Schulen begrüßen wir die Modernisierung der Landesverfassung, insbesondere, da diese die zentralen Lebensbereiche der jungen Menschen adressiert.

Die LSV BS SH unterstützt ausdrücklich die Aufnahme des Artikels 6a, der das Land verpflichtet, Antisemitismus, Rassismus und jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Für uns als Lernende ist ein diskriminierungsfreies Umfeld essenziell und wir sehen in dieser Verankerung eine notwendige Reaktion auf die historische Verantwortung Deutschlands sowie auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen. Bereits jetzt sollte Hass und Hetze, ganz besonders in Bildungseinrichtungen, entgegengetreten werden, doch diese Änderung liefert eine weitere wichtige Grundlage dafür.

Wir begrüßen die Erweiterung des Schutzes auf pflegende Angehörige. Immer mehr Schüler*innen an berufsbildenden Schulen befinden sich in der Situation, Ausbildung und die Pflege von Familienmitgliedern vereinbaren zu müssen. Die Anerkennung dieser enormen Belastung als Staatsziel ist ein wichtiges Signal für eine bessere Unterstützung und die Schaffung von Strukturen, die eine Vereinbarkeit von Bildung/Ausbildung und Pflege ermöglichen.

Die Ergänzung, dass niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden darf, ist aus unserer Sicht ein Meilenstein für die Akzeptanz und Sicherheit queerer Jugendlicher. Da die sexuelle Identität ein Kernbestandteil des Selbstverständnisses einer Person ist, stärkt dieser Schutz das staatliche Handlungsprinzip zur Unterbindung von Diskriminierung im gesellschaftlichen und schulischen Leben. Und doch sei nochmal gesagt, dass ich auf der reinen Änderung der Landesverfassung nicht ausgeruht werden darf, sondern aktiv für Resilienz in der Gesellschaft gesorgt werden muss.

Artikel 10 ist für uns der zentralste Artikel, da er die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Verfassungsrang stärkt. Dass das Kindeswohl künftig „wesentlich“ zu berücksichtigen ist und junge Menschen in ihrem Alter entsprechend an politischen Prozessen beteiligt werden müssen, ist eine Gebot der Gerechtigkeit. Wer Kindern und Jugendlichen heute eine Stimme gibt, stärkt die Demokratie von morgen, insbesondere bei Themen wie Schulreformen oder digitaler Bildung. Wir erwarten, dass die angekündigte gesetzliche Ausgestaltung der Beteiligungsrechte eine echte institutionelle Einbindung sicherstellt.

Für Auszubildende ist die Schaffung und Erhaltung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum eine existenzielle Frage. Da viele Schüler*innen für ihre Fachausbildung weite Wege zurücklegen müssen oder auf eigenem Wohnraum angewiesen sind, sehen wir in dieser Staatszielbestimmung ein wichtiges Instrument gegen die soziale Spaltung und für eine höhere Lebensqualität während der Ausbildung.

Die LSV BS SB befürwortet, den Sport als eigenständige Aufgabe des Landes und der Kommunen zu verankern. Sport ist für die physische und psychische Gesundheit vieler Schüler*innen sowie für die soziale Integration von hoher Bedeutung. Die Gleichstellung von Kultur und Sport in der Verfassung unterstreicht den hohen Stellenwert, den beiden Bereichen für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen haben.

Zusammenfassend sieht die LSV BS SH in diesen Änderungen eine notwendige Weiterentwicklung, um die Landesverfassung an die Lebensrealität der Schüler*innen bzw. der jungen Generation anzupassen und unsere Rechte dauerhaft zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Magnus Erdmann

Landesschüler*innensprecher der berufsbildenden Schulen SH